

GVZ-Neujahrsapéro mit Politik und Networking

Der GVZ-Neujahrsapéro vom 30. Januar 2018 stand ganz im Zeichen der Wahlen. Die bürgerlichen Top5-Kandidaten standen Rede und Antwort auf die Fragen von Moderator Peter Hartmeier, Publizist, und natürlich auch auf jene aus dem zahlreich erschienenen Publikum. Der anschliessende Apéro-riche bot Gelegenheit zum Austausch und Netzwerken.



Nicole Barandun, Präsidentin GVZ, begrüsst die Anwesenden.



Der Neujahrsapéro stiess wieder auf grosses Interesse.

Stadtrats- und Gemeinderatswahlen

Der 4. März 2018 war ein trauriger Wahlsonntag. Das bürgerliche Lager verlor praktisch auf der ganzen Linie. Von den Top5-Stadtratskandidaten schafften es zum Glück **Filippo Leutenegger** wieder und **Michael Baumer** neu in den Stadtrat. Wir gratulieren herzlich zur Wahl!

Bei den Wahlen in den Gemeinderat hat die CVP die 5%-Hürde nicht geschafft und ist somit nicht mehr im Parlament vertreten. Das ist sehr bedauerlich. Eine bürgerliche Mehrheit ist mit der jetzigen Sitzverteilung in weite Ferne gerückt. Trotz dieser Niederlage bleiben wir am Ball und werden die gewerblichen Anliegen mittels Initiativen, Referenden und Aktionen einbringen.

Unser herzlicher Glückwunsch geht an alle gewerbefreundlichen Kandidaten, welche die Wiederwahl bzw. die Wahl in den Gemeinderat geschafft haben. Auf ihre Unterstützung sind wir mehr denn je angewiesen, wenn KMUs in der Stadt Zürich eine Zukunft haben sollen.

Nein zur extremen Verbotsinitiative «Freier Sechseläutenplatz»

Am 10. Juni 2018 stimmt die Stadtzürcher Bevölkerung über die Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz» ab. Diese Volksinitiative bedroht beliebte Veranstaltungen wie den Circus Knie, das Zürcher Weihnachtsdorf, die «Oper für alle» und das Zurich Film Festival in ihrer

Existenz – denn wie der Stadtrat die Beschränkung auf nur noch 65 Belegungstage umsetzen würde, ist unbekannt.

Die Allianz «Sechseläutenplatz: Vielfalt bewahren» lehnt die Verbotsinitiative ab und unterstützt den vernünftigen Gegenvorschlag. Die Initiative ist nicht im Sinne des Gewerbes, weshalb der GVZ die Allianz unterstützt. Infos auf: www.sechselaeutenplatz.ch

Digitales Amtsblatt rechtsverbindlich

Mit Inkraftsetzung der Publikationsverordnung und deren Ausführungsbestimmungen wurde das digitale Amtsblatt per 1. Januar 2018 zur rechtsverbindlichen Version der Amtlichen Mitteilungen. Es erscheint jeden Mittwoch und kann unter www.stadt-zuerich.ch/amtsblatt als Gesamtausgabe im PDF-Format abgerufen werden.

Neben der digitalen Ausgabe erscheint die gedruckte Version des Amtsblatts weiterhin jeden Mittwoch im Tagblatt der Stadt Zürich.

Save the Date

Die Delegiertenversammlung des GVZ findet am Dienstag, 29. Mai 2018, 18.00 bis ca. 21.00 Uhr, statt. Die Einladungen werden in der Kalenderwoche 18 verschickt. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

Volksinitiative «Neue Arbeitsplätze anstatt Carparkplätze»

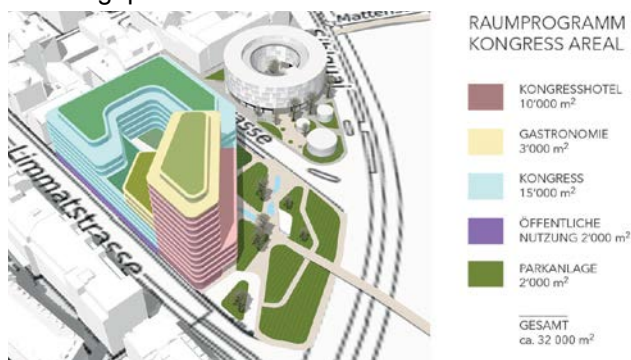
Zürich fehlt die Infrastruktur für grössere und grosse Kongresse mit internationaler Ausstrahlung. Dieser Mangel benachteiligt nicht nur die international tätigen Unternehmen des Wirtschaftsstandortes Zürich, sondern insbesondere auch ETH, Universität und die Fachhochschulen, welche heute gezwungen sind, mit ihren Kongressen auf andere Städte auszuweichen. Von einem zusätzlichen Angebot profitieren aber auch Hotellerie und Detailhandel in Zürich. Neue, sichere Arbeitsplätze entstehen und bisherige werden zusätzlich abgesichert.

Die Interessengemeinschaft Kongress-Stadt Zürich, bei welcher der GVZ Mitglied und durch die Präsidentin Nicole Barandun im Vorstand vertreten ist, hat darum die Volksinitiative «Neue Arbeitsplätze anstatt Carparkplätze» lanciert. Es braucht ein Kongresszentrum für Zürich, weil:

- es 1700 neue Arbeitsplätze schafft.
- ein 2000 m² grosser verkehrsfreier Park mit Quartierplatz für die Öffentlichkeit entsteht.
- dank privater Investoren keine Steuergelder ausgegeben werden.
- Zürich als Tourismusstadt gesichert wird.
- es keine Konkurrenz zum bestehenden Kongresshaus ist, sondern zusätzlich grosse Veranstaltungen nach Zürich holen wird.
- es mit zukunftsgerichteter Infrastruktur garantiert, dass sich Zürich als Bildungs-, Kultur- und Innovationsstandort auch international profilieren wird.

Jetzt unterschreiben für ein Kongresszentrum für alle!
Der Unterschriftenbogen steht zum Download bereit unter: www.neues-kongresszentrum-zürich.ch

Das ist geplant...



Konzept Raumprogramm Kongresszentrum © Monoplan AG

... und so sieht's heute aus am Sihlquai!



Bild aktuelle Situation Sihlquai © Monoplan AG

PRAKTISCHE INFORMATIONEN

Meldepflicht offener Stellen

Ab 1. Juli 2018 gilt als Folge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative für rund 30 Berufsgruppen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit die Stellenmeldepflicht.

Zurzeit erstellt das SECO die Liste der Berufsarten, die bei einem Schwellenwert von 8 Prozent ab kommenden Juli meldepflichtig sind. Die Liste wird voraussichtlich ab April auf www.arbeit.swiss abrufbar sein, damit Arbeitgeber frühzeitig abklären können, ob geplante Stellenausschreibungen der Meldepflicht unterliegen. Diese Liste wird jährlich aktualisiert. Per 1. Januar 2020 wird der Schwellenwert auf 5 Prozent gesenkt. Wer der Meldepflicht nicht nachkommt, dem droht eine Busse von CHF 40000.–.

Das Prozedere sieht vor, dass auf die dem RAV gemeldeten offenen Stellen während fünf Arbeitstagen exklusiv die beim RAV registrierten Stellensuchenden sowie Mitarbeitende der öffentlichen Arbeitsvermittlung Zugriff haben, was den angemeldeten Stellensuchenden einen zeitlichen Vorsprung für ihre Bewerbung verschafft. Zusätzlich übermittelt das RAV innerhalb von drei Arbeitstagen passende Dossiers an die Arbeitgebenden. Es wird sich zeigen, ob der Arbeitslosenvorhang mehr bringt als vor allem mehr Bürokratie.

eBaugesucheZH

Der Kanton Zürich wird 2019 die elektronische Plattform eBaugesucheZH einführen. Diese soll das Baubewilligungsverfahren vereinfachen und für alle Beteiligten transparenter gestalten. Zudem wird die Kommunikation zwischen Gesuchsteller und Verwaltung bzw. zwischen Gemeinde und Kanton optimiert.

Die Baugesuche können über ein einheitliches Onlineformular benutzerfreundlich mit Zusatzfunktionen wie Eingabeassistent, Checkliste, Vollständigkeitsprüfung und Liste der einzureichenden Dokumente eingereicht werden. Status und Informationen zum Baugesuch können danach jederzeit von den zugriffsberechtigten Beteiligten eingesehen werden. Die Baugesuchseingabe von Hand ist jedoch nach wie vor möglich. Ein Erklärvideo zeigt den elektronischen Baubewilligungsprozess und die damit verbundenen Vorteile auf:

www.ebaugesuche.zh.ch/erklaervideo

Keine Abwassergebühren

2018/2019 erlässt ERZ Entsorgung + Recycling Zürich den jährlich erhobenen Infrastrukturpreis für Abwasser. ERZ reduziert so aufgelaufene Reserven und erfüllt damit einen Auftrag des Gemeinderats von 2017, der auf einen Vorstoss von Albert Leiser, Mitglied KMU-Gruppe Gemeinderat, zurückgeht. Die Ersparnis beträgt pro Vollzeit-Arbeitsplatz CHF 50.–.

Vergünstigte und erweiterte Gewerbeparkkarte verlangt

Bereits Ende 2017 reichte die überparteiliche KMU-Gruppe im Gemeinderat eine Motion ein, welche eine gegenüber auswärtigen Mitbewerbern günstigere und auf weisse Parkfelder ausgedehnte Gewerbeparkkarte verlangt – was einem langjährigen Bedürfnis der Zürcher Gewerbetreibenden entspricht. Damit würde insbesondere der Bezug einer Tagesbewilligung entfallen, wenn Arbeiten in der Innenstadt ausgeführt werden müssen.

Stadtzürcher KMUs bezahlen in der Stadt Steuern, Gebühren und hohe Mieten. Sie bilden Lehrlinge aus, sorgen für die Nahversorgung im Quartier und schonen dank kurzer Wege die Ressourcen. Diese Leistungen sollen mit der Vergünstigung beim Bezug der Gewerbeparkkarte gefördert werden, so wie es in anderen Städten bereits Praxis ist.

Einwendung gegen Strassenbauprojekt

Der Hindernislauf für den motorisierten Individualverkehr MIV wird in der Stadt stetig ausgebaut. Roland Scheck überprüft im Auftrag des GVZ alle amtlichen Ausschreibungen auf Gewerberelevanz.

Hängige Einwendung des GVZ (gekürzt) innert Frist, öffentliche Planaufgabe gemäss § 13 des Strassengesetzes des Kantons Zürich (Mitwirkung der Bevölkerung):

Hönggerstrasse, Abschnitt Wipkingerplatz bis Nr. 148, und Limmattalstrasse 1 bis 98
(23. Januar 2018)

1. Verzicht auf den Abbau sämtlicher weisser (16 Stück) und neun blauer Parkplätze
2. Keine weitergehende Verflechtung von Tramtrasse und MIV-Fahrbahn gegenüber Ist-Zustand
3. Verzicht auf den Einbau von Belagsrampen

Wer sich wehrt, bekommt oft Recht...

Der Gewerbeverein Schwamendingen hat sich am 28. Oktober 2016 mit einer Einsprache gegen eine Verfügung von Stadtrat Wolff gewehrt, welcher die **Blaue-Zone-Parkplätze Winterthurer-/Bockler-/Hüttenkopfstrasse in weisse Parkplätze mit Parkuhr** umwandeln wollte. Und zwar sei der damalige Zustand (21 Parkplätze der Blauen Zone und fünf gebührenpflichtige Parkplätze) beizubehalten.

Aufgrund dieser Einsprache wurde die noch nicht

rechtskräftig gewordene Verfügung wiedererwägungsweise aufgehoben und der Status quo der Parkplätze nun neu rechtsgültig verfügt (Publikation im Amtsblatt am 17. Januar 2018).

Der GVZ hat den Gewerbeverein Schwamendingen im Beschwerdeverfahren massgeblich unterstützt. Obwohl der Stadtrat Entscheide, bei denen es um Parkplätze geht, höchst selten in Wiedererwägung zieht, zeigt der vorliegende Fall, dass Gegenwehr sich lohnt.

Innerorts Tempo 50 auf Hauptverkehrsachsen

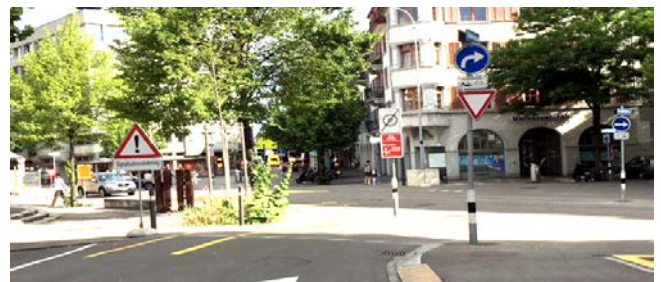
Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF-N) hat der parlamentarischen Initiative von Gregor Rutz «Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsachsen nicht verunmöglichen» mit bürgerlicher Unterstützung Folge gegeben. Die Initiative verlangt, dass auf Hauptverkehrsachsen innerorts generell Tempo 50 gilt und dieser Grundsatz nur aus Gründen der Sicherheit, insbesondere aber nicht durch Lärm-schutzgründe, umgangen werden kann.

Namentlich das Argument, dass die milliardenteuren Entlastungsmassnahmen auf Bundesebene keinen Sinn machen, wenn die Städte den Verkehr nicht aufnehmen und durchleiten, konnte überzeugen. Es sollen ja keine Stauspuren gebaut, sondern der Verkehr verflüssigt werden.

Wieder eine Tafel weniger!

An der Schulstrasse in Oerlikon herrschte bis vor Kurzem ein Rechtsabbiegegebot. Auf Intervention von GVZ-Geschäftsführerin Ursula Woodtli wurde das unnötige Schild entfernt.

Melden Sie unsinnige Verkehrstafeln an:
u.woodtli@gewerbezuersch.ch



Vorher: Situation mit Rechtsabbiegegebot.



Heute: Die unnötige Tafel wurde entfernt, der Verkehr verflüssigt.
(Fotos: UW)

VERANSTALTUNGEN

Wegen grosser Nachfrage – erneute Durchführung

«So schreibt man heute – die Brief- und E-Mail-Sprache»

«Bezugnehmend auf unser Telefongespräch sende ich Ihnen beiliegend die gewünschten Unterlagen» ... so schreibt man heute nicht mehr! Ziel dieses Tagesseminars für die Mitglieder des GVZ: Sie trennen sich von alten (Schreib-)Gewohnheiten, Sie schreiben bewusst, verzichten auf langweilige Floskeln, formulieren überraschend, das Schreiben fällt Ihnen leichter. Textwerkstatt: Überarbeitung und Analyse von mitgebrachten Texten/Briefen.

Datum: Freitag, 15. Juni 2018

Zeit: 8.30 bis 16.30 Uhr

Ort: Hotel City, Löwenstrasse 34, Zürich

Preis: 290 Franken (profitieren Sie von diesem Sonderpreis für GVZ-Mitglieder!)

Inklusive: Kursunterlagen, Kaffee/Gipfeli am Morgen, Lunch, Kaffee/Gebäck am Nachmittag

Anmeldung bis 1. Juni 2018 unter Angabe von Vor- und Nachname, Mailadresse, Firma und Mobilnummer an: u.woodtli@gewerbezuersch.ch.

**Klimaplattform**
der Wirtschaft | Zürich

3. Business-Lunch

Dienstag, 10. April 2018, 12.15 bis 14.00 Uhr
Atrium der Zürcher Kantonalbank,
Bahnhofstrasse 9, 8001 Zürich

Thema: Der Leistungsauftrag der Zürcher Kantonalbank – die besondere Verbindung mit der Zürcher Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt

Die Unterstützung einer umweltverträglichen Entwicklung im Kanton gehört in den Leistungsauftrag der ZKB. Aus diesem Auftrag leitet sie Massnahmen ab, um einen konkreten Beitrag für eine ressourcenschonende Zukunft zu leisten, und hat eine systematische Betriebsökologie erarbeitet. Die ZKB setzt sich seit 20 Jahren für Nachhaltigkeit und konsequent für den Umwelt- und Klimaschutz ein und reduziert systematisch ihre CO₂-Emissionen. Wie sie erfolgreiches wirtschaftliches Handeln und verantwortungsvollen Umgang mit Umwelt und Gesellschaft in Einklang bringt, ist Thema am 3. Business-Lunch.

Anmeldung auf:
www.klimaplattform-zuerich.ch

Radio-Werbespot auf Radio 1



Die ersten Werbespots sind bereits in Produktion.

Geplant ist schon eine zweite Welle von Werbespots für kommenden Herbst. Die Konditionen sind sehr attraktiv. Soviele vorneweg: Für jede beteiligte Firma wird ein individuell auf sie abgestimmter Werbeslogan kreiert, der auf Radio1 zehn Mal ausgestrahlt wird.

Interessiert? Schicken Sie Ihre Kontaktdaten an u.woodtli@gewerbezuersch.ch

Steuervorlage 17 – nötig und finanziell tragbar

Im Februar 2017 lehnte das Schweizer Stimmvolk die Vorlage Unternehmenssteuerreform III (USR III) mit knapp 60 % Neinstimmen ab. Grund dafür waren u.a. auch Uneinigkeiten im bürgerlichen Lager. Mit der USR III sollte u.a. die privilegierte Besteuerung von Holdinggesellschaften abgeschafft werden. Diese steht nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards, weshalb eine Steuerreform auch nach Ablehnung der USR III unausweichlich ist, um einen Wettbewerbsverlust der Schweiz zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde die Steuervorlage 17 (SV17) ausgearbeitet. Die umstrittenen Punkte, wie z.B. die zinsbereinigte Gewinnsteuer (fiktiver Zinsabzug auf Eigenkapital) aus der USR III, wurden entfernt. Die SV17 ist keine allgemeine Steuersenkungsvorlage mit Geschenken an Grosskonzerne. Sie soll andererseits aber auch zu keinen Steuererhöhungen führen. Für KMU und deren Inhaber dürften insbesondere **zwei Massnahmen im Fokus** des Interesses stehen: **Die Erhöhung der Dividendenbesteuerung** (auf mindestens 70 %) und die **Senkung der kantonalen Gewinnsteuersätze**.

Ein Beispiel: Damit die Erhöhung der Dividendenbesteuerung in der Gesamtbetrachtung nicht zu einer Mehrbelastung führt, müsste der Gewinnsteuersatz im Kanton Zürich um knapp 2 % gesenkt werden. Der Regierungsrat beabsichtigt denn auch eine solche Senkung, jedoch etappiert über drei Jahre (bei Inkrafttreten der SV17 von 8 % auf 7 % und drei Jahre später, in einer separaten Vorlage, von 7 % auf 6 %).

Anfang Jahr hat der Bundesrat nochmals bestätigt, dass der «Fahrplan» zur Verabschiedung der SV17 aufgrund hoher Dringlichkeit beibehalten wird, auch wenn dieser äusserst knapp bemessen ist. Unter der Voraussetzung, dass kein Referendum ergriffen wird, könnten erste Massnahmen der SV17 per Januar 2019 in Kraft treten.

Dominik Bürgy, Patric Egger
Ernst & Young AG, Zürich